

Annette von Maltzan und Lara Zarges

Der Investitionsstandort Deutschland aus Unternehmenssicht*

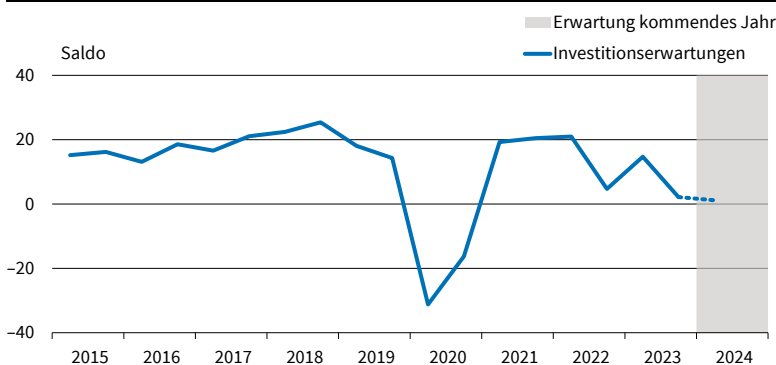
IN KÜRZE

Im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen hat das ifo Institut im Jahr 2023 rund 1 500 Unternehmen zu ihren Investitionstätigkeiten im In- und Ausland befragt. Im Rahmen dieser Analyse konnte gegenüber dem Jahresmonitor 2017 eine deutliche Eintrübung des Investitionsklimas festgestellt werden. Die befragten Unternehmen nennen in Bezug auf den Investitionsstandort Deutschland viele deutlich dämpfende Einflussfaktoren wie Bürokratie, Energie- und Arbeitskosten. Knapp ein Drittel der Unternehmen möchte bestehende Arbeitsplätze ins Ausland verlagern. Wichtige Ziele für Auslandsinvestitionen bleiben allen voran die USA, aber auch Polen, China und Indien sind für Unternehmen attraktive Investitionsziele. Angesichts der aktuellen Herausforderungen, wie der ökologischen Transformation, der Digitalisierung und dem fortschreitenden demografischen Wandel, kann die Identifikation investitions-hemmender Einflussfaktoren maßgeblich dazu beitragen, den Investitionsstandort Deutschlands nachhaltig zu stärken.

GETRÜBTES INVESTITIONSKLIMA IN DEUTSCHLAND

Im langfristigen Durchschnitt sind Unternehmen in Deutschland für durchschnittlich 60% der Gesamtinvestitionen verantwortlich. Ihnen kommt in diesem Zusammenhang die bedeutende Rolle zu, wegweisende Impulse für die dringend nötige Modernisierung sowie den Umbau des Kapitalstocks zur Treibhausgas-

Abb. 1
ifo Investitionserwartungen



Quelle: ifo Konjunkturumfrage.

© ifo Institut

neutralität der deutschen Volkswirtschaft zu setzen. Doch wie willig sind deutsche Unternehmen, diese Rolle weiterhin wahrzunehmen und auch zukünftig Investitionen schwerpunktmäßig in Deutschland zu tätigen?

Das Investitionsklima in Deutschland hat sich über das vergangene Jahr deutlich abgekühlt (vgl. Abb. 1). Auch für das laufende Jahr deuten die Investitionspläne der Unternehmen nicht auf ein Anziehen der Investitionsdynamik – die Investitionserwartungen für 2024 bleiben hinter denen für 2023 zurück. Der Jahresmonitor, eine jährliche Umfrage zu aktuellen wirtschaftspolitischen Themen, hat im vergangenen Jahr versucht, den Ursachen dieser gedämpften Investitionstätigkeit näher zu kommen. In diesem Rahmen wurden im Sommer 2023 deutsche Unternehmen nach ihrer Einschätzung des Investitionsstandorts Deutschland sowie nach ihren Auslandsinvestitionen gefragt.¹ Die Antworten der rund 1 500 Unternehmen werden im Folgenden ausgewertet. Aufgrund der auffällig schlechten Bewertung der Regulationsdichte und Bürokratie am Standort Deutschland wird auf diesen Bereich ein besonderer Fokus in der Auswertung gelegt. Zudem werden zentrale Aspekte wie Arbeitsplatz- und Investitionsverlagerungen wie »Off- und Reshoring« beleuchtet.

SCHULNOTE 3,8 FÜR DEN INVESTITIONSSTANDORT DEUTSCHLAND

In der Befragung wurden die Unternehmen gebeten, den Investitionsstandort Deutschland in Schulnoten zu bewerten. Im Ergebnis erhält Deutschland im Durchschnitt die Note 3,8 und wird damit lediglich »ausreichend« bewertet. Dabei vergibt jedes fünfte Unternehmen die Schulnote fünf, 8% der Unternehmen bezeichnen den Investitionsstandort Deutschland sogar als ungenügend (vgl. Abb. 2).

Unternehmen mit weniger als zehn Mitarbeitenden bewerten die Bedingungen für Investitionen als besonders schlecht: In dieser Gruppe benoten mehr als 67% der Kleinstunternehmen den Standort Deutschland mit der Schulnote vier, fünf und sechs. Disaggregiert nach Sektoren zeigen sich keine großen

* Der Artikel basiert auf Zarges, L. et al. (2023), *Der Investitionsstandort Deutschland aus Sicht der Familienunternehmen*, Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen, München.

¹ Die (pseudonymisierten) Ergebnisse der seit 2017 durchgeführten Jahresmonitore sowie weiterhin im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen erfolgten Befragungen sind im Forschungsdatensatz »FamData« einsehbar (Garnitz et al. 2023a und b).

Unterschiede in der Standortbewertung. Die schlechteste Durchschnittsnote vergeben mit einer 4,0 die Unternehmensdienstleister, am besten bewerten die Unternehmen des Handels und Gastgewerbes mit einer 3,7 den Standort. Die schlechten Ergebnisse der Umfrage werden auch vom diesjährigen »Länderindex Familienunternehmen« der Stiftung Familienunternehmen bestätigt (Fischer et al. 2023): Während der Standort Deutschland im Index aus dem Jahr 2021 noch den 14. Platz belegte, rutschte er im Jahr 2023 um vier Plätze auf den 18. Rang ab. Damit belegt Deutschland aktuell den viertletzten Platz und ist damit im Ländervergleich der größte Verlierer.²

BÜROKRATIE IN DEUTSCHLAND GROSSES HEMMNIS FÜR INVESTITIONEN

Gefragt nach der Beurteilung verschiedener Einflussfaktoren auf die Investitionstätigkeit in Deutschland im laufenden Jahr, fällt die dämpfende Wirkung in allen abgefragten Bereichen auf. Von den befragten Unternehmen wird die deutsche Bürokratie und Regulierungsdichte von 90% der Unternehmen als Investitionshemmnis wahrgenommen (vgl. Abb. 3). Dabei nimmt diese negative Einschätzung mit der Zahl an Beschäftigten zu. Von den verschiedenen Sektoren klagten die Unternehmen im Baugewerbe (85,8%) am wenigsten über die Regulierungsdichte, die Unternehmen im produzierenden Gewerbe am meisten (93,3%).

Mit einem Anteil von jeweils knapp 80% der Unternehmen werden auch die Energiekosten, das Fachkräfteangebot und die Arbeits- und Lohnkosten als deutlich investitionshemmend genannt. Geringfügig besser bewertet werden die steuerlichen Rahmenbedingungen, die von drei Viertel der Befragten als dämpfend eingestuft werden. Die Absatzlage in Deutschland erhält insgesamt die höchste Zustimmung bezüglich der Anregung: Fast ein Drittel der Unternehmen beurteilt diesen Standortfaktor als investitionsfördernd, nur wenige Unternehmen sehen keinen Einfluss und mehr als 60% beurteilen die Absatzlage als dämpfend. Auch bei den am positivsten bewerteten Faktoren Digitalisierung, Finanzierungsmöglichkeiten und Infrastruktur dominieren dämpfende Einflüsse. Eine anhaltende Trübung der inländischen Investitionsfreudigkeit lässt sich ebenso aus den aktuellen ifo Investitionserwartungen (Wollmershäuser et al. 2023) sowie dem »Länderindex Familienunternehmen« (Fischer et al. 2023) herauslesen.

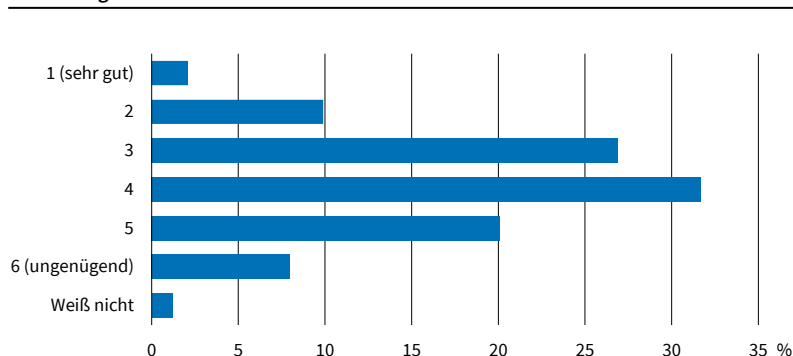
Vergleicht man die Antworten mit dem Stimmungsbild im Jahr 2017³ lässt sich erkennen, dass die Einflussfaktoren 2023 deutlich negativer beurteilt werden. Im Jahresmonitor 2017 wurde keiner der Fak-

² Der »Länderindex Familienunternehmen« der Stiftung Familienunternehmen vergleicht seit 2006 besonders bedeutsame Standortvoraussetzungen in 21 ausgewählten Länder aus der Perspektive großer Familienunternehmen.

³ Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen 2017 mit identischer Frage (»Welche Faktoren beeinflussen 2017 Ihre Investitionstätigkeit in Deutschland in positiver/negativer Richtung?«) und teilweise gleichen Faktoren.

Abb. 2

Bewertung des Investitionsstandorts Deutschland



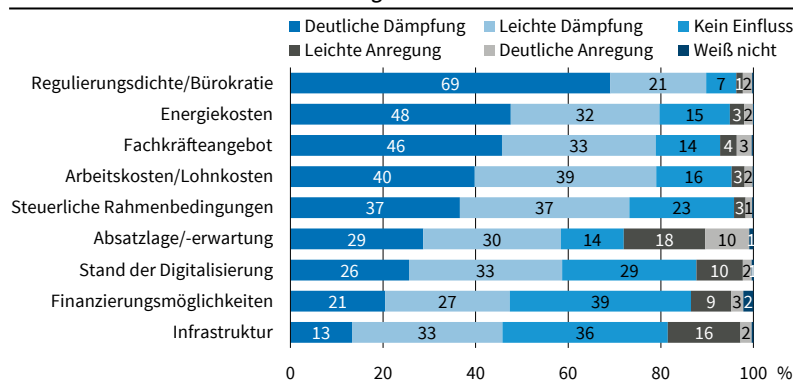
N = 1 485
Quelle: Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen 2023.

© ifo Institut

toren als überwiegend dämpfend beschrieben und zudem viele Faktoren als »ohne Einfluss« auf die Investitionstätigkeit. Von 31,9% der befragten Unternehmen wurden 2017 die Lohnkosten als am meisten einschränkend bewertet, dicht gefolgt von den wirtschaftspolitischen (27,0%) und den steuerlichen Rahmenbedingungen (23%).

Abb. 3

Einflussfaktoren auf die Investitionstätigkeit in Deutschland

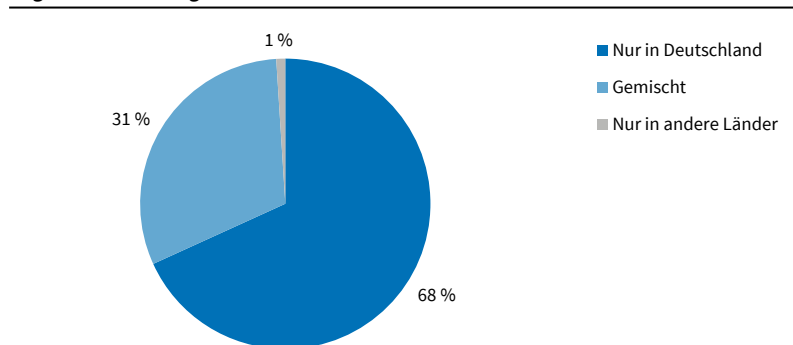


N = 1 516
Quelle: Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen 2023.

© ifo Institut

Abb. 4

Regionale Verteilung der Investitionen im Jahr 2023

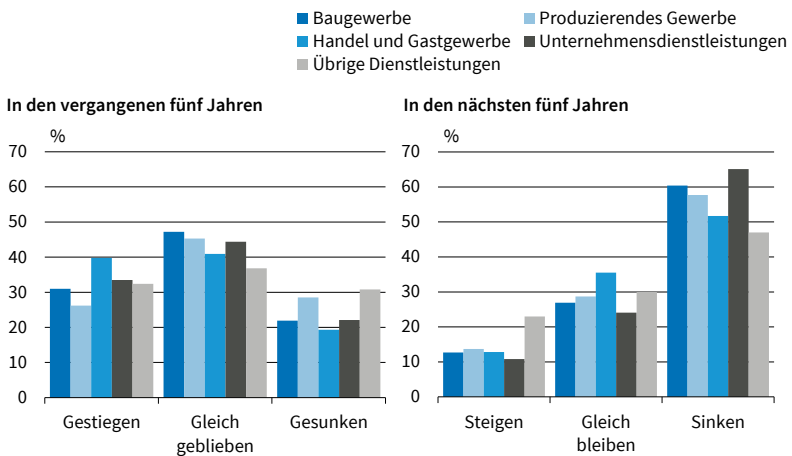


N = 1 485; ohne Antworten »weiß nicht«
Quelle: Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen 2023.

© ifo Institut

Abb. 5

Entwicklung der Investitionstätigkeit in Deutschland



N = 782
Quelle: Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen 2023.

© ifo Institut

TROTZ SCHLECHTER BEWERTUNG BLEIBT DEUTSCHLAND HAUPTZIEL DER INVESTITIONEN

Für die Mehrheit der Unternehmen bleibt Deutschland das Hauptziel ihrer Investitionstätigkeit: Insgesamt geben gut zwei Drittel der befragten Unternehmen an, im laufenden Jahr ausschließlich in Deutschland zu investieren (vgl. Abb. 4). Der Anteil an Unternehmen, der nur im Ausland investiert, ist mit 1,0% verschwindend gering. 30,8% der Unternehmen investieren sowohl in Deutschland als auch im Ausland.

MEHRHEIT DER UNTERNEHMEN GEHT VON SINKENDEN INVESTITIONEN IN DEUTSCHLAND AUS

Darüber hinaus wurden die Unternehmen gefragt, wie sich die Investitionstätigkeit in den vergangenen fünf Jahren entwickelt hat und wie sie sich ihrer Einschätzung nach in den nächsten fünf Jahren entwickeln wird (vgl. Abb. 5). Für die Auswertung der Frage bleiben die Antworten der Unternehmen, die ausschließlich in Deutschland investieren und die Antworten der Unternehmen, die mit »Weiß nicht« rückmeldeten, unberücksichtigt.

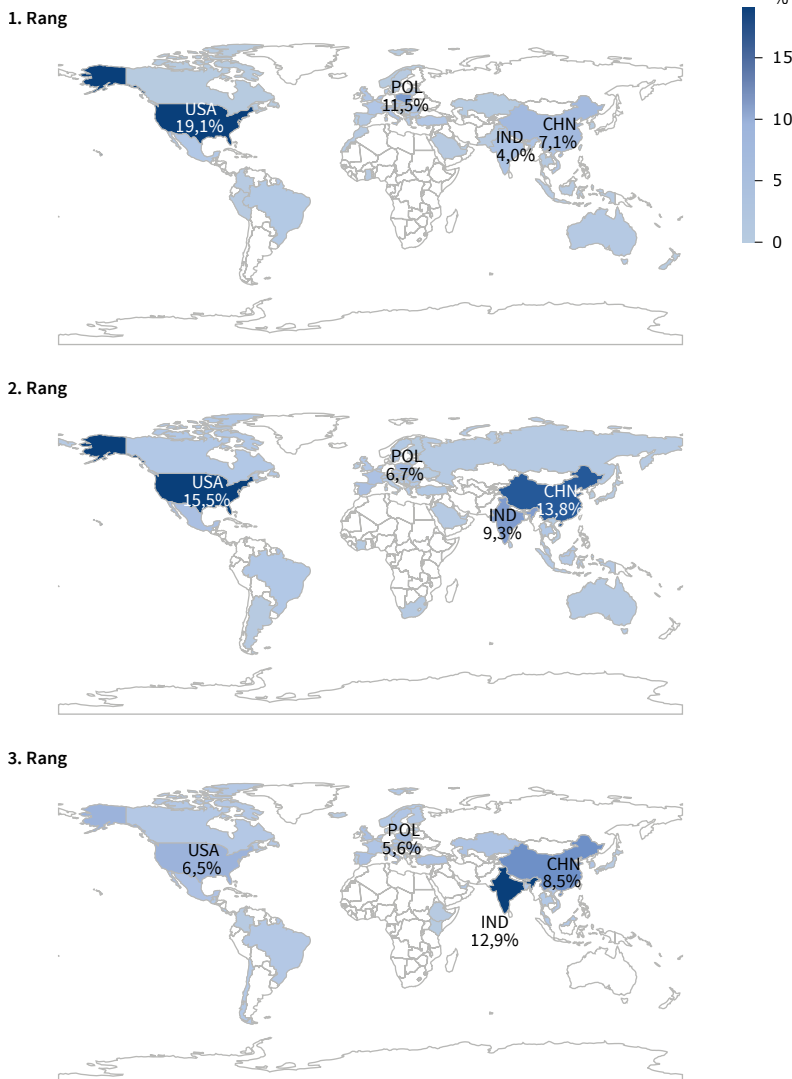
Für 42% der befragten Unternehmen ist der Anteil ihrer Investitionen in Deutschland in den vergangenen fünf Jahren konstant geblieben, etwa ein Drittel verzeichnet steigende Investitionen und bei rund 27% der Unternehmen sind sie gesunken. Differenziert nach Sektoren ergibt sich folgendes Bild: Während 39,8% der Unternehmen im Handel und Gastgewerbe für die vergangenen fünf Jahre einen gestiegenen Anteil ihrer Investitionen in Deutschland melden, geben dies nur 26,2% der Unternehmen der Industrie an (vgl. Abb. 5). Jeweils der größte Anteil der Unternehmen in jedem Sektor gibt einen gleichbleibenden Anteil ihrer Inlandsinvestitionen an den Gesamtinvestitionen über die vergangenen fünf Jahre an. Mit 30,8% respektive 28,5% der jeweiligen Unternehmen haben den Antworten zufolge die übrigen Dienstleister sowie die Industrie ihren Investitionsanteil in Deutschland anteilmäßig am häufigsten verringert.

Die Einschätzung für die nächsten fünf Jahre fällt deutlich schlechter aus: Von einer Steigerung der Investitionen in Deutschland gehen nur 15% der Unternehmen aus und mehr als die Hälfte der Unternehmen erwarten sogar rückläufige Investitionen. Diese Einschätzung bestätigt sich über Größenklassen und Sektoren hinweg. Bis auf die übrigen Dienstleister liegt der Anteil der Unternehmen, die mit einer Verringerung ihres Investitionsanteils in Deutschland rechnen, in allen Sektoren bei mehr als 50%. Besonders schwach schätzen die Unternehmensdienstleister ihre zukünftigen Investitionen in Deutschland ein: 65,1% gehen von einer Verringerung ihrer Investitionen hierzulande aus.

Zur Lokalisierung der ausländischen Investitionen wurden die teilnehmenden Unternehmen zudem nach ihren Hauptinvestitionszielen außerhalb Deutschlands

Abb. 6

Rangfolge der Zielländer für Auslandsinvestitionen



Anzahl der Beobachtungen: 1. Rang N = 315; 2. Rang N = 221; 3. Rang N = 133
Quelle: Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen 2023.

© ifo Institut

gefragt. Um regionale Verschiebungen abbilden zu können, wurde die Frage sowohl für das Jahr 2023 als auch für die kommenden fünf Jahre gestellt. Als Antwort konnten jeweils maximal drei Länder in Rangfolge genannt werden. Die geografische Verteilung der Antworten ist in Abbildung 6 nach der Häufigkeit der Nennungen dargestellt.

UNTERNEHMEN INVESTIEREN AM HÄUFIGSTEN IN DEN USA

Unter den Ländern außerhalb Deutschlands, in denen die befragten Unternehmen im Jahr 2023 hauptsächlich investieren, nehmen die USA mit 19,1% aller Nennungen mit Abstand den ersten Rang ein. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch der Länderindex der Stiftung Familienunternehmen 2023 (Fischer et al. 2023). Die ermittelte Rangliste im Länderindex wird ebenfalls von den USA angeführt. Als Hauptgründe für die Länderwahl werden die niedrigeren Energiekosten und eine geringe Regulierungsdichte aufgeführt.

POLEN ATTRAKTIVSTES INVESTITIONS LAND IN EUROPA

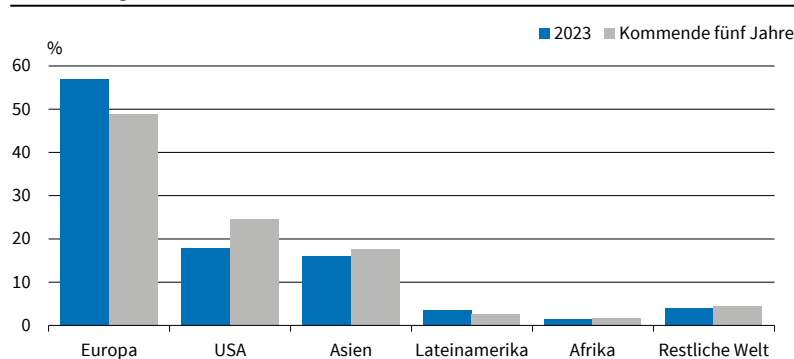
Die zweithäufigste Erwähnung erhält Polen, wo 11,5% der Unternehmen investieren. Das lässt sich neben der Nähe zum heimischen Markt und Steuervergünstigungen im Rahmen des Konvergenzprogramms der EU besonders auf die vielen qualifizierten Fachkräfte für deutsche Unternehmen zurückführen (Adam 2023). Auf dem dritten Platz des Rankings folgt China mit 7,1% der Nennungen. Damit ist China im Jahr 2023 trotz der geopolitischen Unsicherheiten und der De-Risking-Strategie der Bundesregierung⁴ weiterhin ein sehr wichtiges Investitionsland für deutsche Unternehmen. Von jeweils mehr als 5% der Unternehmen werden außerdem die europäischen Nachbarländer Schweiz, Niederlande und Tschechien als bevorzugtes Ziel für Auslandsinvestitionen genannt.

Auch auf dem zweiten Rang der Investitionszieländer werden die USA mit 15,5% am häufigsten genannt, jedoch folgt China mit nur geringem Abstand (13,8% aller Antworten). Den dritten Platz belegt mit 9,3% Indien. Auch Polen punktet bei 6,7% aller Unternehmen erneut als beliebtes Investitionsland. Der dritte und letzte Rang der Liste der Länder, in die der größte Anteil der Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen im Jahr 2023 fließt, wird mit 12,9% von Indien angeführt. Darauf folgen China mit 8,5% der Nennungen, die USA (6,5%) und Polen (5,6%).

USA AUCH ZUKÜNFTIG HAUPTZIEL FÜR INVESTITIONEN

Auch für die kommenden fünf Jahre werden die USA als Hauptziel deutscher Unternehmensinvestitionen

Abb. 7
Veränderung der Auslandsinvestitionen in den kommenden fünf Jahren



Anzahl der Beobachtungen: 2023: N = 329; Kommende fünf Jahre: N = 374
Quelle: Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen 2023.

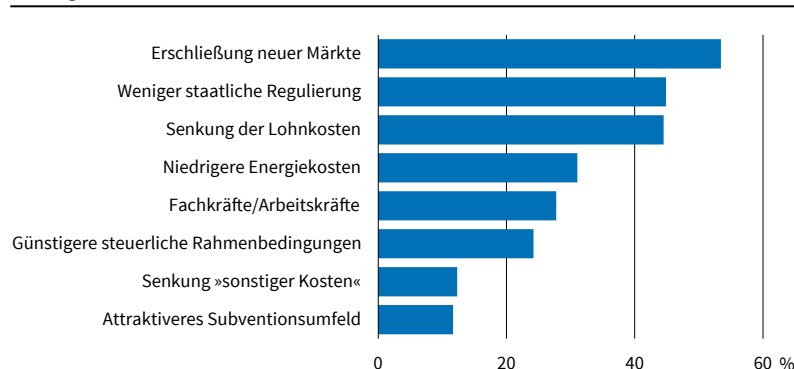
© ifo Institut

im Ausland genannt. Mit 26,2% aller Angaben für den ersten Rang und großem Abstand zum zweitplatzierten Polen (10,3%) werden die USA voraussichtlich in naher Zukunft nochmal deutlich mehr deutsche Investitionen anziehen. Insgesamt zeigt sich für die kommenden fünf Jahre im Vergleich zum Jahr 2023 eine Verschiebung der Investitionstätigkeit zulasten von Standorten in Europa (ohne Deutschland) zugunsten der USA (vgl. Abb. 7). Auch Asien dürfte geringfügig als Investitionsstandort an Bedeutung gewinnen. Dabei ist abzuwarten, inwieweit Investitionen innerhalb des Kontinents von China nach Indien verschoben werden.

GERINGERE STAATLICHE REGULIERUNG ZENTRALES MOTIV FÜR AUSLANDSINVESTITIONEN

Erwartungsgemäß ist der vorrangige Grund für die Tätigkeit von Auslandsinvestitionen für die Mehrheit der Befragten (53,4%) die Erschließung neuer Märkte (vgl. Abb. 8). Dies ist insbesondere bei größeren Unternehmen und verstärkt bei Unternehmen ab 250 Mitarbeitenden relevant (60,1%). Dicht darauf wird von 44,9% der befragten Unternehmen die geringere staatliche Regulierung als Motivation für Investitionen im Ausland genannt. Die hohe Regulierungsdichte

Abb. 8
Hauptgründe für Investitionen im Ausland



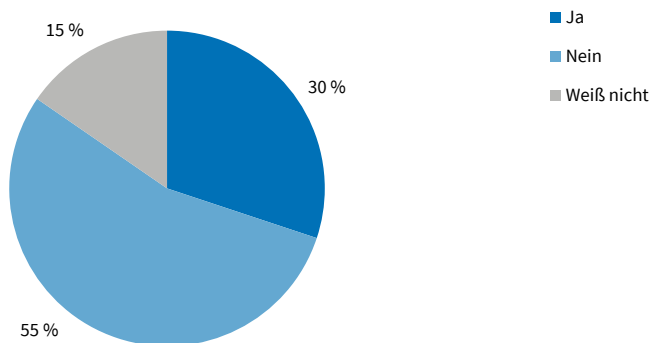
N = 358; maximal drei Nennungen
Quelle: Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen 2023.

© ifo Institut

⁴ Die De-Risking-Strategie der Bundesregierung wurde 2023 zur Verminderung einseitiger Abhängigkeiten von China eingeführt.

Abb. 9

Verlagerung bestehender Arbeitsplätze ins Ausland?



N = 469
Quelle: Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen 2023.

© ifo Institut

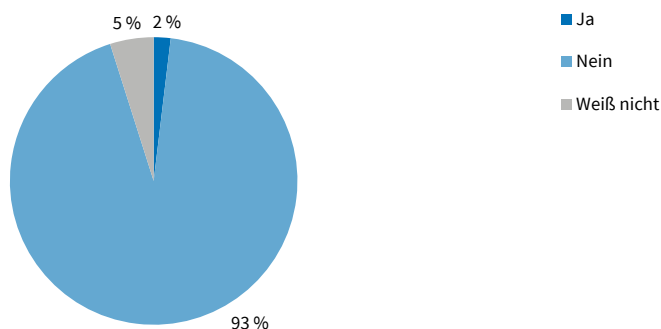
in Deutschland ist nicht nur investitions hemmend (vgl. Abb. 3), sondern führt auch zu verstärkten Investitionen im Ausland. Bei den Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten ist dieser Wert besonders hoch (69,4%). Nur knapp dahinter folgt die Senkung der Lohnkosten, die für 44,5% der Unternehmen ein zentrales Motiv für Auslandsinvestitionen darstellt. Mit deutlich weniger Nennungen folgen die niedrigeren Energiekosten (31,1%), das Fach- und Arbeitskräfteangebot (27,8%) sowie die günstigeren steuerlichen Rahmenbedingungen (24,2%). Als Grund für Investitionen im Ausland werden die Senkung »sonstiger Kosten« und ein attraktiveres Subventionsumfeld nur von je rund 12% der Befragten genannt.

ATTRAKTIVERES SUBVENTIONSUMFELD NUR SELTEN MOTIV FÜR AUSLANDSINVESTITIONEN

Letzteres überrascht vor allem vor dem Hintergrund der medialen Debatten über einen drohenden Subventionswettbewerb der USA und Europa aufgrund des »Inflation Reduction Act« (IRA) (Gründler et al. 2023). Nach der vorliegenden Befragung spielen Subventionen nur eine untergeordnete Rolle bei der Standortwahl. Dass die viel diskutierten hohen Energiekosten in Deutschland nicht unter den Hauptgründen für

Abb. 10

Planen Sie, Arbeitsplätze nach Deutschland zurückzuverlagern?



N = 463
Quelle: Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen 2023.

© ifo Institut

eine Standortverlagerung sind, ist u. a. dadurch zu erklären, dass diese vor allem die energieintensiven Branchen betreffen. So sind erwartungsgemäß die Nennungen im produzierenden Gewerbe (38,6%) und im Handel und Gastgewerbe (35,2%) deutlich höher als in den übrigen Sektoren.

EIN DRITTEL DER UNTERNEHMEN PLANT, ARBEITSPLÄTZE INS AUSLAND ZU VERLAGERN

Im Zusammenhang mit den Investitionen deutscher Unternehmen im Ausland ist auch interessant, inwiefern sich die Standortwahl in einer möglichen Verlagerung von Arbeitsplätzen widerspiegelt. Mit 54,5% der Unternehmen beabsichtigt die Mehrheit der Befragten unmittelbar keine Verlagerung von bestehenden Arbeitsplätzen ins Ausland (vgl. Abb. 9). Dem gegenüber steht jedoch ein Drittel der Unternehmen, die Arbeitsplatzverlagerungen ins Ausland planen. Beachtlich ist außerdem der mit 15,4% große Anteil an Unternehmen, der noch nicht weiß, ob im Zusammenhang mit ihren Auslandsinvestitionen auch Arbeitsplatzverlagerungen geplant sind. Im Vergleich zum Jahresmonitor 2017 ist die Option der Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland stark gestiegen: In der Befragung 2017 wurde die mögliche Arbeitsplatzverlagerung noch von 95,8% der Unternehmen verneint (Rathje und Wohlrabe 2017).

Beim Vergleich unter Größenklassen fällt auf, dass besonders unter kleinen Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten ein überdurchschnittlich hoher Anteil (39,6%) die Verlagerung von inländischen Arbeitsplätzen ins Ausland plant. Auch bei den Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten liegt dieser Anteil mit 34,8% hoch. Bei den Unternehmen ab 250 Beschäftigten ist der Anteil hingegen mit 27,7% mehr als 10 Prozentpunkte niedriger. Außerdem verneinen 58% dieser großen Unternehmen etwaige Pläne für Arbeitsplatzverlagerungen. Ebenfalls deutlich sind die Unterschiede zwischen den verschiedenen Sektoren: Der größte Anteil an Unternehmen mit Plänen zur Arbeitsplatzverlagerung findet sich mit 34,7% im produzierenden Gewerbe, dicht gefolgt von den übrigen Dienstleistern mit 32,6%. Die geringsten Verlagerungsabsichten haben erwartungsgemäß die Unternehmen im Baugewerbe (18,5% aller Unternehmen).

RESHORING SPIELT KAUM EINE ROLLE

Über Reshoring, der Rückverlagerung von Produktionsstätten aus Schwellenländern zurück in Industriestaaten, wurde in den vergangenen Jahren im Rahmen der langfristigen Störungen globaler Lieferketten durch die Corona-Pandemie und den zeitweise stark gestiegenen Transportpreisen gesprochen. Immer wieder medienwirksam über Reshoring berichtet wird allerdings verstärkt seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, der die starke Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von russischem Gas offenlegte. Die

wachsenden Spannungen zwischen China und dem Westen führten zu einer Diskussion über eine zu große Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von China als Zulieferer kritischer Rohstoffe und Absatzmarkt deutscher Produkte.⁵ Die Umfrageergebnisse zeigen jedoch, dass das Rückverlagern von Investitionen nach Deutschland in den aktuellen Plänen der befragten Unternehmen kaum eine Rolle spielt (vgl. Abb. 10). Insgesamt geben 93,2% der Unternehmen an, keine Investitionen nach Deutschland zurückverlagern zu wollen; nur 2,1% der Unternehmen verfügen über solche Pläne. Der Grund dafür liegt vor allem in den hohen Kosten einer Rückverlagerung. Da die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung von den meisten Unternehmen weiter genutzt werden, sollte das aktuelle Ziel vor allem sein, kritische Abhängigkeiten zu begrenzen (Welter 2024).

HOHE EMPFUNDENE BÜROKRATIEBELASTUNG

Den Umfrageergebnissen zufolge stellt der zähe Bürokratieabbau für deutsche Unternehmen weiterhin das dringendste Investitionshemmnis dar. Trotz des leicht rückläufigen Bürokratiekostenindex (Statistisches Bundesamt 2024) sowie politischer Maßnahmen wie beispielsweise die Einführung der »One in, One out«-Regel⁶ im Jahr 2015, hat die empfundene Bürokratiebelastung der Unternehmen keinen Rückgang verzeichnet. Die Diskrepanz zwischen der statistisch gemessenen und der tatsächlich empfundenen Belastung dürfte daran liegen, dass Unternehmen den Bürokratiebegriff deutlich weiter fassen als die vom Nationalen Normenkontrollrat (NKR) oder Statistischen Bundesamt verwendeten Konzepte zur Kostenmessung. So zeigen Holz et al. (2019), dass Unternehmen nicht nur Auskunfts- und Dokumentationspflichten, sondern auch die Erfüllungskosten neuer Gesetze sowie Regulierungen durch Verbände oder andere nicht-staatliche Organisationen der Bürokratie zuordnen.

Ein erster Schritt, die Bürokratiebelastung zu verringern, stellt der seit dem 1. April 2023 auf Bundesebene für neue Gesetzesentwürfe und Verordnungen verpflichtend eingeführte Digitalcheck dar. Dabei wird überprüft, ob die digitale Umsetzung (Speicherung anfallender Daten, Kommunikation zwischen Verwaltungseinheiten usw.) eines Gesetzesentwurfs während des Erarbeitungsprozesses berücksichtigt wurde und ob zum Vorhaben gehörende Prozesse für Bürger und Unternehmen einfach zu bewältigen sind (LTO 2023). Die bürokratiearme Gestaltung neuer Regelungen und Gesetze dürfte außerdem von Praxischecks profitieren. Dabei wird die Eignung bestimmter Vor-

schriften unter Einbeziehung betroffener Behörden, Unternehmen und weiteren betroffener Akteuren geprüft. Unternehmen könnten somit den Bürokratie-Abbauprozess aktiv begleiten, was zu einer positiveren Grundstimmung gegenüber Verwaltungsanforderungen führen könnte. Solch einen Praxischeck (bezüglich der Errichtung und Nutzung von Photovoltaikanlagen) hat beispielsweise das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz bereits getestet (BMWK 2023). In einem Eckpunktpapier der Bundesregierung für ein viertes Bürokratienteilungsgesetz, das Ende August veröffentlicht wurde, ist von einem zukünftig häufigen Einsatz dieses neuen Instruments zu lesen (BMJ 2023).

BÜROKRATIEABBAU UND DIGITALISIERUNG

Großes Potenzial für den Bürokratieabbau birgt außerdem die Digitalisierung der Verwaltung. Dabei besteht allerdings ein Umsetzungsproblem: So konnte die fünfjährige Umsetzungsfrist des Onlinezugangsgesetzes (OZG) bis Ende 2022 nicht eingehalten werden. Im Mai 2023 wurde daher das OZG 2.0 auf den Weg gebracht, das darauf abzielt, Verwaltungsleistungen aller Ebenen für Unternehmen über die kommenden fünf Jahren zu digitalisieren. Neben der Einführung eines deutschlandweit einheitlichen behördlichen Organisationskontos sollen Unternehmen u. a. auch zustimmen können, dass unter Behörden benötigte Nachweise zentral abgerufen werden können. Dies dürfte Verwaltungs- und Genehmigungsprozesse deutlich beschleunigen. Zentrale Vorschläge des Normenkontrollrats zur Verbesserung und Beschleunigung des Aufbaus einer digitalen Verwaltungsplattform blieben im OZG 2.0 allerdings unbeachtet (NKR 2023). So wird die geforderte Festlegung einheitlicher Standards und Schnittstellen zwar an das Bundesinnenministerium delegiert, jedoch nicht definiert. Auch Zuständigkeitsfragen im Gefüge von Bund, Ländern und Kommunen bei der Entwicklung zentraler Plattformkomponenten bleiben ungewiss. Da der aktuelle Gesetzentwurf ausdrücklich keinen Rechtsanspruch auf digitale Verwaltungsleistungen vorsieht, ist außerdem der Umsetzungsdruck für die öffentliche Verwaltung gering.

PRODUKTIONSKOSTENSENKUNG DURCH MODERNISIERUNG DES KAPITALSTOCKS

Im vergangenen Jahr war durch das Inkrafttreten des IRA eine Abwanderungswelle deutscher Industrieunternehmen in die USA befürchtet worden. Während in diesem Kontext zunächst vor einem EU-USA-Subventionswettstreit gewarnt worden war, zeigen die Ergebnisse des Jahresmonitors, dass Subventionen allein für die meisten Unternehmen noch kein ausschlaggebender Grund für Investitionen im Ausland sind. Wichtiger dürften in diesem transatlantischen Wettstreit neben den Energiekosten besonders die volkswirtschaftliche Produktivität sein. Im Jahr 2021 war die Produktivität der USA um 37% höher als in Deutsch-

⁵ Nach einer aktuellen Studie von Beer et al. (2023) ist Deutschlands Wirtschaft in den meisten Branchen von China deutlich weniger abhängig als gemeinhin angenommen. Kritische Abhängigkeiten werden von den Autoren hauptsächlich bei einzelnen Großkonzernen bemängelt.

⁶ »One in, One out«-Regel: Für jede neu verabschiedete Reglementierung, Verordnung, etc. muss eine bereits bestehende weichen.

land. Zwar liegen auch die Arbeitskosten in den USA höher, durch die überdurchschnittliche Produktivität werden sie allerdings beinahe vollumfänglich kompensiert. Da das Arbeitskostenniveau der deutschen Industrie über die kommenden Jahre in Anbetracht des Fachkräftemangels sowie der Lohnsteigerungen durch die Inflation kaum sinken dürfte, müsste Deutschland seine Produktivität deutlich steigern, um ähnlich niedrige Produktionskosten wie die USA aufweisen zu können. Um die Effizienz der deutschen Industrie zu erhöhen, ist eine grundlegenden Erneuerung des Kapitalstocks notwendig. In Deutschland werden Ausrüstungen wie Maschinen weit über ihre vorhergesehene Nutzungsdauer eingesetzt. Die dadurch entstehende Kostenersparnis wird allerdings mit einem Produktivitätsverlust bezahlt (Michelsen und Junker 2023). Der zum Erreichen der Klimaschutzziele nötige Umbau der deutschen Industrieproduktion hin zur Treibhausgasneutralität sollte daher von Unternehmen als Chance für eine grundlegende Modernisierung des Kapitalstocks und einer damit einhergehenden Produktionskostensenkung wahrgenommen werden. Ebenso könnte der verstärkte Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) eine Option zur Produktionskostensenkung darstellen. Wie verbreitet Investitionen in KI in deutschen Unternehmen bereits sind, zeigen u. a. Maltzan und Zarges (2023) sowie Schaller et al. (2023).

FAZIT

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das Investitionsklima in Deutschland aufgrund vielzähliger Faktoren derzeit deutlich eingetrübt ist. Im Vergleich zum Jahresmonitor 2017 spielen mit fast einem Drittel aller Unternehmen deutlich mehr Unternehmen mit dem Gedanken, Arbeitsplätze ins Ausland zu verlegen – sofern sie bereits Auslandsinvestitionen tätigen oder diese planen. Um den Investitionsstandort zu stärken, sollte besonders der Bürokratieabbau beschleunigt werden. Außerdem muss dringend in den bestehenden Kapitalstock investiert werden, um Produktivitätssteigerungen zu erreichen. Vor diesem Hintergrund könnten steuerliche Anreize Unternehmen dazu motivieren, vermehrt in ihre Produktionsmittel zu investieren. Um die Anzahl an Investitionen in innovative Technologien zu erhöhen, könnte eine gezielte Förderung von unternehmerischer Forschung und Entwicklung Anreize setzen. Dies trägt nicht nur zur Steigerung der Produktivität bei, sondern stärkt auch die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf internationaler Ebene.

REFERENZEN

- Adam M. (2023), »Warum deutsche Firmen gerne in Polen investieren«, *Tagesschau*, 3. Mai 2023, verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/polen-investitionen-standort-bosch-100.html>, aufgerufen am 20. Oktober 2023.
- Beer, S., C. Jungbluth, J. Matthes, G. Sebastian, F. Schaff, F. Strack und M. J. Zenglein (2023), *Gewinne deutscher Investoren in China – eine erste empirische Bestandsaufnahme*, Gutachten, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.
- BMJ – Bundesministerium der Justiz (2023), *Eckpunkte der Bundesregierung für ein weiteres Bürokratieentlastungsgesetz (BEG IV)*, verfügbar unter: https://www.bmj.de/SharedDocs/Downloads/DE/Gesetzgebung/Eckpunkte/Eckpunkte_BuerokratieentlastungsG.html, aufgerufen am 20. Oktober 2023.
- BMW – Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2023), *BMW baut mit neuem Praxis-Check-Verfahren konkret unnötige Bürokratie ab*, verfügbar unter https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/Gesetz/20230816-uberblickspapier-instrument-praxischeck.pdf?__blob=publicationFile&v=6, aufgerufen am 20. Oktober 2023.
- Fischer, L., H. Gundert, F. Heinemann, M. Kraus und S. Weck (2023), *Länderindex Familienunternehmen*, 9. Auflage, Stiftung Familienunternehmen, München.
- Garnitz, J., F. Lührs, A. von Maltzan und K. Wohlrabe (2023a), »FamData« – eine Datenbank für Forschungen zu Familienunternehmen: Hintergründe, Ergebnisse und Zugang«, *ifo Schnelldienst* 76(7), 51–57.
- Garnitz, J., A. von Maltzan und K. Wohlrabe (2023b), »FamData: Database for Family Business Companies in Germany Covering Company Key Figures and Survey Data«, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, verfügbar unter: <https://doi.org/10.1515/jbnst-2023-0056>.
- Gründler, K., P. Heil, N. Potrafke und T. Wochner (2023), *Weltweite Experteneinschätzungen zu den Auswirkungen des US-Inflation Reduction Acts*, Studie im Auftrag von Bundesministerium der Finanzen, München.
- Holz, M., S. Schleppehorst, S. Brink, A. Icks und F. Welter (2019), *Bürokratiewahrnehmung von Unternehmen*, IfM-Materialien Nr. 274.
- LTO – Legal Tribune Online (2023), *Gesetzesvorhaben müssen jetzt zum »Digitalcheck«*, verfügbar unter: <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/digitalcheck-gesetze-bundesregierung-abbau-buerokratie/>, aufgerufen am 20. Oktober 2023.
- Maltzan, von, A. und L. Zarges (2023), »Unternehmerische Investitionen in Künstliche Intelligenz«, *ifo Schnelldienst* 77(2), 50–54.
- Michelsen, K. und S. Junker (2023), *Alternder Kapitalstock: Wettbewerbsfähigkeit steht auf der Kippe*, vfa MacroScope Pharma 5/23.
- Nationaler Normenkontrollrat (NKR) (2023), *Weniger, einfacher, digitaler. Bürokratie abbauen. Deutschland zukunftsfähig machen*, Jahresbericht 2023, Berlin.
- Rathje, A.-C. und K. Wohlrabe (2017), *Investitionsverhalten und dessen Einflussfaktoren*, Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen, München.
- Schaller, D., K. Wohlrabe und A. Wolf (2023), »KI, Cloud Computing und Blockchain – wo steht die deutsche Wirtschaft?«, *ifo Schnelldienst* 76(8), 3–28.
- Statistisches Bundesamt (Destatis) (2024), *Bürokratiekostenindex*, verfügbar unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Buerokratiekosten/Erfuellungsaufwand/buerokratiekostenindex.html>.
- Welter, P. (2024), »Münchener Sicherheitskonferenz : Ifo-Chef Fuest: Rückzug aus der Weltwirtschaft ist keine Lösung«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16. Februar 2024, verfügbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/ifo-chef-fuest-rueckzug-aus-der-weltwirtschaft-ist-keine-loesung-19524501.html>.
- Wollmershäuser, T., S. Ederer, M. Fell, F. Fourné, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, S. Möhrle, A.-C. Rathje, R. Sauer, M. Schasching, M. Scheiblecker und L. Zarges (2023), »ifo Konjunkturprognose Sommer 2023: Inflation flaut langsam ab – aber Konjunktur lahmt noch«, *ifo Schnelldienst* 76, Sonderausgabe Juni.
- Zarges, L., J. Garnitz, A. von Maltzan und K. Wohlrabe (2023), *Der Investitionsstandort Deutschland aus Sicht der Familienunternehmen*, Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen, München.